15. Januar 2026
#1–2/ 2026

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Durchwachsene Aussichten

IW-Verbandsumfrage. In der deutschen Wirtschaft herrscht weiterhin Krisenstimmung. Allerdings geht eine kleine relative Mehrheit der vom IW befragten Verbände davon aus, dass die Geschäfte ihrer Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr besser laufen werden als 2025. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Firmen weiterhin nur zurückhaltend investieren dürften und die Mehrzahl der Branchen mit einem Stellenabbau rechnet. Im iwd-Interview ordnet IW-Präsidentin Angelique Renkhoff-Mücke die Befragungsergebnisse ein und fordert einen klaren Reformkurs der Bundesregierung. → *Seiten 2–6*

Steuern und Abgaben
Die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Änderungen bei Steuern und Abgaben bedeuten für viele Haushalte unterm Strich eine Mehrbelastung.
→ *Seiten 8–9*

Krankenstand
Seit 2022 verharrt der Krankenstand in Deutschland auf einem hohen Niveau – auch, weil inzwischen alle Krankschreibungen digital erfasst werden.
→ *Seiten 12–13*

Weitere Themen +++ Kreislaufwirtschaft +++ Bulgarien +++ Weltwirtschaft +++ Private Haushalte +++ Arbeitsmarkt +++ Einkommmen +++ Pflege +++ Arbeitskämpfe

Leicht aufwärts

IW-Verbandsumfrage. *Die deutsche Wirtschaft steckt nach wie vor in der Krise – dies schlägt sich auch in der Lagebewertung der vom IW befragten Wirtschaftsverbände nieder. Für 2026 geht eine relative Mehrheit zwar von einer leichten Besserung aus. Allerdings bleiben viele Branchen mit Blick auf die Beschäftigungsentwicklung pessimistisch.*

Die Konjunktur in Deutschland ist im abgelaufenen Jahr auf der Stelle getreten – und das nach zwei vorangegangenen Rezessionsjahren. Kein Wunder also, dass die Stimmung in den deutschen Wirtschaftsverbänden zum Jahreswechsel 2025/2026 eher mau ist (Grafik):

Von den 46 befragten Verbänden geben 18 an, dass ihre Lage schlechter als vor einem Jahr ist – lediglich 14 berichten von einer Aufhellung.

Vor allem die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes beurteilen ihre Situation negativer als zur Jahreswende 2024/2025.

Der Blick nach vorne ist da um einiges erfreulicher. Verglichen mit den Vorjahren ist der Anteil der pessimistischen Verbände deutlich gesunken, inzwischen überwiegt sogar leicht die Zuversicht:

19 Branchen erwarten für 2026, dass sich ihre geschäftliche Situation verbessert – nur neun rechnen mit einem Abwärtstrend.

Die Optimisten finden sich vor allem im Dienstleistungssektor, aber auch Industriezweige wie der Luft- und Raumfahrzeugbau, der Maschinenbau oder die Elektroindustrie gehen zumindest von einer leicht steigenden Produktion aus. Wenig Hoffnung auf bessere Geschäfte haben unter anderem die Papierfabriken, Zeitschriftenverlage sowie die Automobilindustrie.

Insgesamt sieht es für die deutsche Wirtschaft nach einer Aufhellung aus, die zahlreichen Konjunkturrisiken lassen aber einen markanten Aufschwung vorerst kaum zu (siehe iwd 26/2025). Passend dazu erwartet eine relative Mehrheit von 14 Verbänden, dass ihre Unternehmen im kommenden Jahr weniger investieren werden als zuletzt – nur 11 rechnen mit wachsenden Investitionsbudgets.

Noch deutlicher lässt sich die anhaltende Verunsicherung der deutschen Wirtschaft an den Beschäftigungsaussichten ablesen:

Lediglich neun Verbände gehen davon aus, dass ihre Mitgliedsfirmen 2026 unterm Strich Personal aufstocken werden – 22 rechnen dagegen mit einem Stellenabbau.

Zwar ist der Negativsaldo damit kleiner als vor einem Jahr. Dennoch führen die nach wie vor erheblichen strukturellen Belastungen wie die hohen Energiekosten dazu, dass vor allem in der Industrie die negativen Beschäftigungsperspektiven überwiegen.

IW-Report 69/2025
Michael Grömling: Ein Ende der Misere? Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage für 2026

IW-Verbandsumfrage für 2026

Ergebnisse der Befragung von 46 deutschen Wirtschaftsverbänden

	Wirtschaftszweig
1	Bergbau
2	Energie- und Wasserwirtschaft
3	Mineralölverarbeitung
4	Steine-und-Erden-Industrie
5	NE-Metallindustrie
6	Gießereien
7	Chemische Industrie
8	Forschende Pharmaunternehmen
9	Gummiverarbeitung
10	Stahl- und Metallverarbeitung
11	Maschinen- und Anlagenbau
12	Automobilindustrie
13	Luft- und Raumfahrzeugbau
14	Schiffbau und Meerestechnik
15	Elektroindustrie
16	Feinmechanik und Optik
17	Keramische Industrie
18	Glasindustrie
19	Holzverarbeitung
20	Kunststoffverarbeitung
21	Papierverarbeitung
22	Papierfabriken
23	Lederindustrie
24	Druckindustrie
25	Textil- und Modeindustrie
26	Ernährungsindustrie
27	Schneid- und Haushaltswarenindustrie
28	Bauindustrie
29	Baugewerbe
30	Handwerk
31	Entsorgungswirtschaft
32	Groß- und Außenhandel
33	Einzelhandel
34	Speditionen
35	Banken
36	Sparkassen
37	Volksbanken
38	Leasing
39	Versicherungswirtschaft
40	Gastgewerbe
41	Zeitschriftenverlage
42	Informationswirtschaft
43	Messewirtschaft
44	Werbewirtschaft
45	Immobilien
46	Privater Rundfunk und Telemedien
	Insgesamt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine **Stimmungslage** in den Unternehmen Ihres Wirtschaftszweigs gegenüber dem Jahreswechsel 2024/2025?

2. Welches **Produktionsergebnis** (gegebenenfalls preisbereinigtes Umsatz- beziehungsweise Geschäftsergebnis) erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2026 im Vergleich zu 2025?

3. Wie werden sich die **Investitionen** 2026 im Vergleich zu 2025 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

4. Wie wird sich die Zahl der **Beschäftigten** 2026 im Vergleich zu 2025 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

besser	genauso	schlechter	wesentl. höher	etwas höher	gleich-bleibend	etwas niedriger	wesentl. niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
		−				−				−			−
+				+				+			+		
		−			○					−			−
+				+					○			○	
+					○				○				−
		−			○					−			−
		−			○					−			−
		−			○			+			+		
	○			+				+				○	
+					○				○				−
		−		+				+					−
		−				−				−			−
+			+ +					+			+		
	○			+					○		+		
	○			+					○			○	
		−			○				○			○	
		−			○					−			−
		−		+					○			○	
+					○				○				−
	○				○				○				−
	○					−				−			−
		−					− −			−			−
		−			○					−			−
		−				−				−			−
	○					−			○				−
	○					−			○			○	
+				+					○		+		
+				+						−	+		
+				+				+			+		
	○			+						−			−
	○				○			+				○	
+					○					−			−
		−							○			○	
		−				−				−			−
+				+				+					
	○				○			+			+		
	○			+					○		+		
		−			○				○				−
+				+					○			○	
	○				○				○			○	
	○			+					○			○	
		−			○				○				−
+				+					○			○	
		−			○				○				−
	○			+					○			○	
	○				○				○			○	
+				+					○			○	
		−			○				○				−
14	**14**	**18**	**1**	**18**	**18**	**7**	**2**	**11**	**21**	**14**	**9**	**15**	**22**

Interview. *Wie kommt Deutschland aus der Krise? Darüber und über den Blick der Wirtschaftsverbände auf das Jahr 2026 sprach der iwd mit der Vorstandsvorsitzenden der WAREMA Renkhoff SE und IW-Präsidentin* ***Angelique Renkhoff-Mücke.***

„Wir brauchen Mut, um Reformen durchzusetzen und das große Ganze zu sehen“

Die deutsche Wirtschaft steckt schon seit Längerem in einer Krise. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?

2025 war für die Wirtschaft von extrem vielen Herausforderungen auf unterschiedlichen Gebieten geprägt. Es gab geopolitische Verwerfungen und den Handelskrieg, die das gesamte Jahr geprägt haben. Dazu die konjunkturelle Schwäche in Deutschland und Europa. Zwar gab es zu Beginn des Jahres etwas Hoffnung, dass sich alles in eine bessere Richtung bewegt, doch sie ist Ernüchterung gewichen. Und der Ausblick ist nicht so positiv, wie wir uns das alle wünschen würden.

Laut IW-Verbandsumfrage entwickelt sich inzwischen eine – wenn auch nur leichte – Zuversicht in der Wirtschaft. Spüren Sie eine solche ebenfalls?

Ja, zumindest in einigen Branchen gibt es wieder etwas Hoffnung, dass die Talsohle erreicht ist und es langsam aufwärtsgeht. Allerdings ist diese Zuversicht insgesamt gedämpft. Niemand geht davon aus, dass wir im kommenden Jahr eine dynamische Entwicklung sehen werden. Die allermeisten Branchen rechnen tatsächlich nicht damit, dass sich die Rahmenbedingungen fundamental verändern und dadurch ein deutlicher Aufschwung entstehen könnte.

Warum blicken zumindest Teile der Wirtschaft Ihrer Meinung nach etwas positiver in die Zukunft?

Wirtschaft hängt immer auch von der allgemeinen Stimmung ab und zum Glück sind Unternehmerinnen und Unternehmer Menschen, die vorausdenkend auf die Zukunft setzen. Somit ist es eine Grundvoraussetzung für Unternehmertum, immer ein bisschen positiver nach vorn zu schauen.

Es gibt auch aus der Regierungsarbeit einige Anhaltspunkte, die für eine Trendwende sprechen könnten. Dazu zählt zum Beispiel das Thema Bürokratieabbau. Da gehen erste wichtige Gesetzesvorlagen aus dem Digitalministerium in die Umsetzung. Auch das Wirtschaftsministerium setzte zuletzt richtige Impulse für die Wirtschaft. Die Regierung scheint zumindest an den Themen zu arbeiten. In Summe bleibt die positive Stimmung jedoch verhalten, da die entscheidenden Reformen bislang noch nicht mit Nachdruck angegangen wurden.

Ein dritter Aspekt, der etwas Hoffnung macht, ist der Fakt, dass die Handelsbeziehungen mit den USA zumindest wieder etwas berechenbarer geworden sind. Die Situation ist zwar nach wie vor sehr angespannt, aber zumindest derzeit etwas stabiler. Schon das hilft der Wirtschaft und hebt die Stimmung ein wenig.

Die Investitionsaussichten für das kommende Jahr sind in den Verbänden dennoch in Summe leicht negativ. Wie passt das zusammen?

Bei der Investitionstätigkeit darf man nicht vergessen, dass wir in den verschiedenen Branchen mittlerweile seit mehreren Jahren Stagnation oder sogar eine rückläufige Entwicklung gesehen haben. Vorhandene Kapazitäten können somit teilweise nicht mehr ausgelastet werden. Vor diesem Hintergrund ist die Investitionsneigung stark rückläufig.

Zudem sind die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland deutlich schlechter als im

Foto: Gesamtmetall

Ausland. Die Unternehmen überlegen sich daher genau, ob es wirklich noch sinnvoll ist, hier zu investieren. Ein weiterer Punkt: Die internationalen Handelsbeschränkungen und Zölle führen dazu, dass exportorientierte Unternehmen direkt in den Zielmärkten investieren und dort Produktionen aufbauen. Das Modell „Deutschland als Exportweltmeister beliefert die Welt aus Deutschland heraus“ ist stark unter Druck geraten und funktioniert nicht mehr.

Alarmierend sind die Einschätzungen der Verbände beim Thema Beschäftigung. Droht ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit?

Ich sehe da große Herausforderungen auf uns zukommen, speziell im Industriesektor. Hier gibt es aktuell aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage einen deutlichen Stellenabbau. Das Grundproblem für alle Branchen ist die seit Jahren negative Entwicklung der Arbeitskosten. Deutschland ist hier im Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähig. In Kombination mit den hohen Energiepreisen und der überbordenden Bürokratie führt das dazu, dass der Standort Deutschland unattraktiv wird. Gepaart mit der generell rückläufigen Konjunktur müssen in Summe Überkapazitäten und Stellen abgebaut werden.

Die demografische Entwicklung schwächt die Wirkung zwar etwas ab, dennoch setzt diese Entwicklung dem Wirtschaftsstandort Deutschland zusätzlich zu, denn der Fachkräftemangel bleibt in vielen Betrieben weiterhin bestehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bereitschaft zur Ausbildung junger Fachkräfte aufgrund der angespannten Kostensituation in vielen Betrieben sinkt. Gut ausgebildete Fachkräfte sind allerdings ein wichtiges Asset im internationalen Wettbewerb. Bisher war das eine unserer großen Stärken.

Was kann die Politik für die Standortattraktivität tun?

Es gibt eine Reihe von Themen, die die Politik beeinflussen kann, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Angefangen beim Thema Bürokratieabbau über Fachkräftezuwanderung, wettbewerbsfähige Energiekosten, eine Begrenzung der Lohnnebenkosten bis hin zu Steuersätzen, die im europäischen und weltweiten Vergleich keine Benachteiligung darstellen. So ist es beispielsweise nach wie vor extrem schwierig, Fachkräfte aus dem Ausland für deutsche Betriebe, gerade im Mittelstand, zu gewinnen. Die Hürden sind selbst für diejenigen, die kommen wollen und qualifiziert sind, immer noch hoch.

Eine weitere Belastung sind die hohen und immer weiter steigenden Lohnnebenkosten. Sie verteuern den Faktor Arbeit und belasten damit nicht nur die Unternehmen, sondern letztendlich auch den Geldbeutel der Beschäftigten. Das macht einerseits Leistung weniger attraktiv – gerade für Fachkräfte – und führt andererseits zu deutlichen Kostennachteilen der Betriebe. Und bei Energiekosten und Unternehmensteuern liegt Deutschland im europäischen Vergleich im hinteren Drittel. Schließlich lähmen hohe Bürokratieaufwände die Innovationsgeschwindigkeit der Wirtschaft und verursachen ebenfalls enorme Kosten.

Das klingt nach einem klaren Auftrag für die Regierung.

Natürlich. Jetzt gilt es, konsequent die angekündigten Reformen umzusetzen. Wir haben keine Zeit mehr, die notwendigen Veränderungen vor uns herzuschieben. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen jetzt gemeinsam alles dafür tun, unseren Wohlstand zu sichern. Ohne eine starke Wirtschaft wird dies aber nicht gelingen.

Die neue Bundesregierung will mithilfe des Sondervermögens die Konjunktur wieder anschieben. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht kurzfristig am wichtigsten?

Das Sondervermögen ist in erster Linie für Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen. Hier wurden in

Fortsetzung

den vergangenen Jahren enorme Defizite angehäuft. Speziell bei der Verkehrsinfrastruktur gab es Versäumnisse, die dringend beseitigt werden müssen. Das betrifft vor allem große Projekte im Bereich der Straßen und Brücken, der Schienen und auch der Energieinfrastruktur. Allerdings sollte man realistisch bleiben. Auch wenn die Genehmigungsprozesse beschleunigt werden, wird der Aufholprozess Jahre dauern.

Schnelle Genehmigungen, zügige Vergaben und eine verlässliche Planung sind jetzt entscheidend, um am Ende eine nachhaltige Umsetzung zu gewährleisten. Schließlich braucht es auch ein paar Erfolgsgeschichten, damit sich die Stimmung im Land drehen kann und die Menschen wieder daran glauben, dass sich mit diesem Geld spürbar etwas verbessert.

Brauchen wir in Deutschland einen Mentalitätswechsel?

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bürger den Reformbedarf sieht und unterstützt – egal ob es um das Gesundheitswesen, die Rente oder die Infrastruktur geht. Aber Reformen bringen niemals nur Gewinner hervor, sondern Veränderungen führen zu Beginn oft zu Unsicherheit und Ängsten. Sobald man selbst davon betroffen ist, schwindet der Reformeifer. Spätestens wenn es in die Umsetzung geht, gibt es in Deutschland viele Widerstände gegen grundlegende Reformen. Das blockiert uns am Ende des Tages. Wir treten auf der Stelle, weil uns der Mut fehlt, notwendige Reformen durchzusetzen und das große Ganze zu sehen. Vielmehr wird versucht, möglichst viele Einzelinteressen zu berücksichtigen. Das führt zu Kompromissen, die uns nicht wirklich voranbringen, sondern eher blockieren, sodass wir das große Ziel aus den Augen verlieren.

Stichwort Infrastruktur: Sollte der Gesetzgeber eingreifen und Beteiligungen einschränken, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen?

„Es ist wichtig, dass wir europäisch denken und nicht nur europäisch regulieren“

Die Bundesregierung hat aus meiner Sicht erste wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Beschleunigte Genehmigungsverfahren bei übergeordneten strategischen Interessen, wie im Fall der LNG-Terminals, sind ein positives Beispiel dafür, dass es geht. Ohne solche Beschleunigungsverfahren werden wir die zwingend notwendige Umsetzungsgeschwindigkeit nicht erreichen können. Hier sind wir in der Vergangenheit mit zu vielen Einspruchsmöglichkeiten und Klageinstanzen über das Ziel hinausgeschossen. Im Ergebnis wurde eine Vielzahl wichtiger Projekte unnötig verzögert oder gar blockiert.

Ohne eine deutlich höhere Umsetzungsgeschwindigkeit bei kritischen Infrastrukturprojekten wird sich jedoch keine positivere Stimmung in der Bevölkerung entwickeln. Die Welt dreht sich viel schneller, als wir es mit unseren aktuellen Prozessen abbilden können. Dieses Missverhältnis bringt uns Nachteile und führt dazu, dass wir den Anschluss verlieren.

Außen- und geopolitisch ist die Lage unsicher wie lange nicht. Wie sollten sich Deutschland und die EU verhalten, um ihre Wirtschaft zu schützen?

Wir können in Europa ein starkes wirtschaftliches Gegengewicht zu den Großmächten USA, China und Russland bilden. Dies wird uns aber nur gelingen, wenn wir Europa als Ganzes sehen und geschlossen auftreten. Es gilt, die europäischen Kräfte viel stärker zu bündeln. Ein Beispiel wäre endlich ein einheitlicher Finanzmarkt. Es ist enorm wichtig, dass wir europäisch denken und nicht nur europäisch regulieren. Wir müssen als ein starkes Europa in den Ring steigen. Wenn uns das gelingt, haben wir sehr gute Chancen. Andernfalls spielen wir in der neuen geopolitischen Ordnung keine Rolle mehr und werden zum Spielball der großen Mächte.

Woraus schöpfen Sie trotz all der aufgezeigten Probleme Zuversicht, wenn Sie auf das neue Jahr blicken?

Deutschland ist stark. Die deutsche Wirtschaft ist stark. Und wir haben ein starkes Fundament, auf das wir bauen können. Darüber hinaus haben wir starke Unternehmen, die in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie mit schwierigen Situationen umgehen können. Und wir haben eine bunte Gesellschaft mit vielen großartigen Menschen, die gewillt sind, an der Zukunft zu arbeiten. Es ist uns in der Vergangenheit immer wieder gelungen, uns aus schwierigen Situationen herauszuarbeiten. Wenn wir diesen gemeinsamen Willen aktivieren können, wird es uns auch diesmal wieder gelingen.

Noch am Anfang

Kreislaufwirtschaft. *Unternehmen nutzen künstliche Intelligenz (KI) für verschiedene Zwecke – Ressourceneffizienz und kreislauforientierte Maßnahmen zählen für die meisten Betriebe bislang nicht dazu. Das ist kurzsichtig – vor allem im Hinblick auf die zahlreichen EU-Regularien zur Nachhaltigkeit.*

KI gewinnt in deutschen Unternehmen an Bedeutung: Ende 2024 hatten bereits 37 Prozent von ihnen die Technologie in ihrem Betrieb integriert, weitere 21 Prozent planten dies. Meist setzen die Betriebe KI jedoch nur punktuell und in wenigen Bereichen ein (siehe iwd 13/2025). Für die Kreislaufwirtschaft kommt sie bislang kaum zum Einsatz (Grafik):

Nur rund jedes elfte Unternehmen, das bereits KI nutzt, setzt die Technologie ein, um seine Produkte kreislauffähiger zu machen.

Fast die Hälfte der Betriebe hält diese Anwendungsmöglichkeit sogar für irrelevant. Das Einsparen von Rohstoffen und Energie nennen lediglich 14 Prozent als Ziel ihrer KI-Nutzung.

Bei Unternehmen, die den KI-Einsatz planen, spielen zirkuläre Ziele zwar eine etwas größere Rolle, allerdings sind die Anteile auch hier gering.

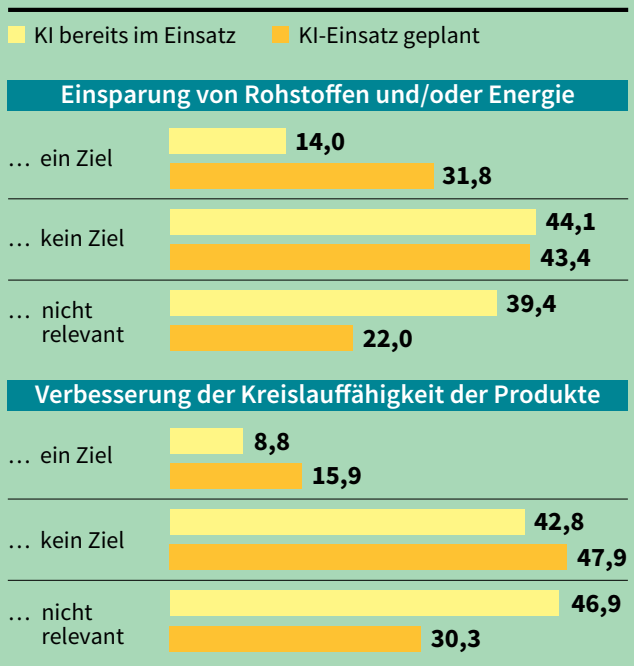
Die Ergebnisse zeigen, dass viele Unternehmen sowohl die Relevanz zirkulärer Ziele als auch das Potenzial von KI in diesem Bereich unterschätzen. Dabei bietet eine funktionierende Kreislaufwirtschaft viele Vorteile für Unternehmen, von effizienteren Prozessen über geringere Material- und Energiekosten bis hin zu neuen Absatzmöglichkeiten und resilienteren Lieferketten.

Hinzu kommt, dass die EU den Unternehmen immer mehr Nachhaltigkeitspflichten auferlegt: Bis Ende Juli 2026 muss die Richtlinie zur Förderung der Reparatur in nationales Recht umgesetzt werden, ab August 2026 gilt eine strengere Verpackungsverordnung. Zudem will die EU in den kommenden Jahren für viele Produktgruppen neue Anforderungen an die Kreislauffähigkeit festlegen und digitale Produktpässe etablieren. Die Konsequenz: Für etliche Waren müssen Unternehmen aus uneinheitlichen Daten harmonisierte und prüfbare Berichte erstellen; Produktdaten müssen transparent und rückverfolgbar vorliegen.

Dabei kann KI in allen Produktphasen eine große Hilfe sein und die rechtskonforme Nachhaltigkeitsberichterstattung erleichtern – etwa indem sie Daten aus nicht standardisierten Dokumenten wie Stücklisten, Sicherheitsdatenblättern oder Reparatur- und Serviceberichten schneller extrahiert, abgleicht, vereinheitlicht und auf Auffälligkeiten prüft. Darüber hinaus können KI-basierte Verfahren die Materialauswahl unterstützen und durch vorausschauende Wartung die Nutzungsdauer von Maschinen verlängern.

KI in Unternehmen: Kreislaufwirtschaft selten Einsatzgrund

So viel Prozent der Unternehmen bewerten den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) aus diesen Gründen als …



Befragung von 660 Unternehmen, die KI einsetzen oder es planen, im Herbst 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels; Rest zu 100: weiß nicht
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 100/2025
Barbara Engels, Adriana Neligan: Kreislaufwirtschaft durch KI – vom Randthema zur Pflicht

Weniger Netto für viele

Steuern und Abgaben. *Mit dem Jahreswechsel sind in Deutschland zahlreiche Änderungen bei Steuern und Abgaben in Kraft getreten. Für viele Haushalte bedeutet das eine Mehrbelastung.*

Neues Jahr, neue Regeln – zum Start des Jahres 2026 sind zahlreiche Gesetzesänderungen wirksam geworden, die Einfluss auf die Höhe der Steuern und Abgaben haben, die die Bundesbürger entrichten müssen. Einige Neuerungen führen zu einer Mehrbelastung, mit anderen versucht die Regierung, gegenzusteuern. Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

Einkommensteuer. Das deutsche Steuersystem mit seinen starren Einkommensgrenzen im linear-progressiven Steuertarif führt automatisch zu einer schleichenden Steuererhöhung, der sogenannten kalten Progression. Vereinfacht gesagt: Frisst die Inflation die gesamte Lohnerhöhung eines Jahres auf, kann die Belastung für den Arbeitnehmer dennoch steigen, weil er mit dem höheren Einkommen auch stärker besteuert wird. Real hat er also trotz mehr Lohn weniger Geld zur Verfügung.

Zum Ausgleich der kalten Progression trat zum 1. Januar die zweite Stufe einer Ende 2024 beschlossenen Anpassung in Kraft.

Entfernungspauschale. Ab dem ersten Kilometer Arbeitsweg kann jeder nun 38 statt bisher 30 Cent geltend machen. Allerdings müssen die Werbungskosten von 1.230 Euro voll ausgeschöpft sein, damit die neue Regelung für den Steuerzahler komplett greift.

Kindergeld. Pro Kind erhalten Eltern fortan 259 Euro im Monat – das sind 4 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Außerdem steigt der Kinderfreibetrag je Elternteil von 3.336 Euro auf 3.414 Euro.

Sozialbeiträge. Die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung steigen aufgrund der Lohnentwicklung um rund 5 Prozent und in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung um 5,4 Prozent.

Wer mehr als 66.150 Euro brutto im Jahr verdient, zahlt aufgrund des

Steuern und Abgaben: Das ändert sich 2026 für Familien

Änderungen bei Steuern, Sozialbeiträgen und Abgaben für eine Familie mit zwei Kindern, einer Gasheizung und einem Pkw mit Verbrennungsmotor im Jahr 2026; Entlastung und Belastung (–) in Euro

Bruttojahreseinkommen der beiden Partner	45.000/0	45.000/25.000	60.000/30.000	90.000/40.000
Sozialbeiträge	–45	–70	–90	–481
Einkommensteuer/Solidaritätszuschlag	10	20	26	154
Ausgleich kalte Progression	130	120	196	242
Erhöhung CO_2-Preis	–89	–98	–102	–111
Kindergelderhöhung	96	98	96	96
Gesamteffekt	102	108	126	–100

Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung;
Einkommensteuer: inklusive Kindergeld und Solidaritätszuschlag (sofern relevant)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

Steuern und Abgaben: Das ändert sich 2026 für Singles

Änderungen bei Steuern, Sozialbeiträgen und Abgaben für einen Single mit einer Gasheizung und einem Pkw mit Verbrennungsmotor im Jahr 2026; Entlastung und Belastung (–) in Euro

Bruttojahreseinkommen	30.000	50.000	70.000	100.000
Sozialbeiträge	–30	–50	–471	–831
Einkommensteuer/Solidaritätszuschlag	7	15	169	363
Ausgleich kalte Progression	73	107	160	298
Erhöhung CO_2-Preis	–55	–61	–65	–68
Gesamteffekt	**–5**	**11**	**–207**	**–239**

Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung; Einkommensteuer: inklusive Solidaritätszuschlag (sofern relevant)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

höheren Grenzwerts für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung im kommenden Jahr mehr Abgaben. Wer mehr als 96.600 Euro brutto verdient, spürt zudem den höheren Grenzwert für die gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Überdies steigen die Zusatzbeiträge für die Krankenversicherung aufgrund von Finanzierungsengpässen voraussichtlich von durchschnittlich 2,9 auf 3,1 Prozent.

CO_2-Preis. Neben den Veränderungen der direkten Steuern und Abgaben erreicht auch der CO_2-Preis die nächste Stufe. Die Emissionszertifikate, die den CO_2-Preis pro Tonne festlegen, werden im Jahr 2026 zum ersten Mal versteigert und dabei in einem Preiskorridor zwischen 55 und 65 Euro liegen. Abhängig von der Nachfrage kann eine Tonne damit bis zu 10 Euro teurer sein als im vergangenen Jahr.

Was bedeutet all das jetzt für die Bundesbürger? Das IW hat den Effekt für verschiedene Personen- und Einkommensgruppen berechnet (Grafik):

Ein Single mit einem Bruttoeinkommen von 70.000 Euro im Jahr hat durch die veränderten Steuern und Abgaben im Jahr 2026 unterm Strich 207 Euro weniger in der Tasche als 2025.

Damit wird er unter den Alleinstehenden anteilig am stärksten belastet, auch wenn ein Single mit einem Einkommen von 100.000 Euro mit 239 Euro absolut etwas höhere Einbußen hinnehmen muss. Auffällig ist auch, dass es für mittlere und niedrigere Einkommen keine deutliche Entlastung gibt.

Für die Familien in Deutschland sieht die Rechnung etwas anders aus (Grafik Seite 8):

Am stärksten werden in diesem Jahr vierköpfige Familien entlastet, bei denen ein Partner pro Jahr 60.000 Euro verdient, der andere 30.000 Euro. Sie sparen insgesamt 126 Euro.

Haushalte mit niedrigeren Einkommen landen allerdings nur knapp dahinter. Die Entlastungen dieser Familien gehen fast vollständig auf die Erhöhung des Kindergelds für zwei Kinder zurück. 100 Euro weniger zur Verfügung als 2025 haben dagegen Familien mit einem kumulierten Einkommen von 130.000 Euro.

Zwar können die Entlastungen für Haushalte mit längeren Pendeldistanzen zur Arbeitsstätte über die höhere Entfernungspauschale etwas besser ausfallen, allerdings verdeutlichen die Berechnungen, dass es der Regierung nicht gelungen ist, die steigenden Beiträge zur Sozialversicherung und den höheren CO_2-Preis für alle über die Einkommensteuer auszugleichen. Dabei ist die Abgabenlast in Deutschland bereits eine der höchsten im internationalen Vergleich.

Mit den bereits beschlossenen Maßnahmen wie der Aktivrente und den steuerfreien Überstundenzuschlägen will die Regierung weiter entlasten, allerdings zielen die Maßnahmen nur auf bestimmte Gruppen ab. Die meisten Beschäftigten werden davon nicht profitieren. Sinnvoller wäre es, allgemeine Senkungen der Einkommensteuer vorzunehmen. Sie könnten in der aktuell schwierigen Wirtschaftslage einen Wachstumsschub auslösen.

IW-Kurzbericht 101/2025
Martin Beznoska: Steuern und Abgaben 2026 – Erneut höhere Belastungen für viele Haushalte

Was bringt der Euro?

Bulgarien. *Als 21. EU-Land hat Bulgarien den Euro eingeführt. Der bulgarische Lew war zwar schon lange an die Gemeinschaftswährung gekoppelt, dennoch fürchten viele Bulgaren, dass im Zuge der Währungsumstellung die Preise steigen.*

Seit dem 1. Januar 2026 ist der Euro gesetzliches Zahlungsmittel in Bulgarien, doch bei Weitem nicht alle der 6,3 Millionen Einwohner freuen sich darüber. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lehnt laut einer Umfrage der EU-Kommission die Gemeinschaftswährung ab – in erster Linie, weil sie durch die Währungsumstellung Preissteigerungen fürchtet. Nach wochenlangen Massendemonstrationen gegen den ersten in Euro aufgestellten Haushaltsplan des Landes sowie gegen die Wirtschaftspolitik allgemein, trat die bulgarische Regierung Mitte Dezember zurück. Im März soll es Neuwahlen geben – die achten Parlamentswahlen innerhalb von fünf Jahren.

Was ist dran an der Sorge, der Euro könne die Inflation – im November 2025 lag die Teuerungsrate Bulgariens laut Eurostat bei 3,7 Prozent – anheizen? Die Erfahrung zeigt, dass dies eher unwahrscheinlich ist. Als Deutschland den Euro eingeführt hat, fiel die Inflationsrate in den drei darauffolgenden Jahren nur um durchschnittlich knapp 0,5 Prozentpunkte höher aus als in den drei Jahren zuvor. Außerdem war die bulgarische Währung bereits seit 1997 an die deutsche Währung gekoppelt, seit 1999 an den Euro. Damit hat die bulgarische Währung seit fast 30 Jahren einen stabilen Wechselkurs.

Die bulgarischen Staatsfinanzen sind zudem solide und die Wirtschaft wächst (Grafik):

Im Jahr 2024 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Bulgarien um real knapp 3 Prozent. 2025 dürfte es um rund 3 Prozent zugelegt haben und für 2026 sind die Prognosen ähnlich positiv.

Bulgariens Wirtschaft verfügt über eine starke metallurgische Industrie – produziert werden Kohle, Eisen, Kupfer und Blei. Allein im Bergbau arbeiten mehr als 120.000 Menschen. Die bulgarische Elektroindustrie hat sich zudem als Ausrüster von E-Bike-Produzenten etabliert. Der dank der Euroeinführung verbesserte Zugang zum EU-Binnenmarkt dürfte die bulgarischen Exporte beleben. Aktuell ist Deutschland Bulgariens wichtigster Handelspartner mit einem Anteil von rund 15 Prozent an den Ausfuhren und etwa 10 Prozent an den Importen.

Zu den großen wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes gehört der Kohleausstieg und damit verbunden die Transformation hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung. Auch politische Stabilisierung und der Kampf gegen die Korruption sind zentrale Aufgaben. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International landet Bulgarien vor Ungarn auf dem vorletzten Platz der EU-Mitgliedsstaaten.

Bulgarien in Zahlen

im Jahr 2024

	Bulgarien	Zum Vergleich: Deutschland
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	104,77	4.328,97
BIP je Einwohner in Euro (kaufkraftbereinigt)	26.300	45.500
Reales BIP Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,8	–0,5
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,6	2,5
Arbeitslosenquote in Prozent	4,2	3,4
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	–3,4	–2,5
Schuldenstand in Prozent des BIP	24,1	63,5
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	–3,0	–2,6
Korruptionswahrnehmungsindex, Rang unter 180 Ländern	76	15

Quellen: Eurostat, Internationaler Währungsfonds, Transparency International, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht Nr. 106/2025
Galina Kolev-Schaefer: Mit dem Euro nach Bulgarien

Dynamik lässt nach

Weltwirtschaft. *Die globale Konjunktur hat sich im abgelaufenen Jahr robust gezeigt. Doch angesichts vieler Unsicherheitsfaktoren dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft 2026 deutlich abschwächen – dieser Trend zieht sich quer durch alle großen Wirtschaftsräume.*

Für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft ist es entscheidend, wie sich die internationale Konjunktur entwickelt. Die aktuelle IW-Auslandsprognose verdeutlicht, dass es um die weltwirtschaftliche Dynamik nicht allzu gut bestellt ist.

Zwar dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2025 noch um 2,5 Prozent zugelegt haben, der Welthandel sogar um 4,5 Prozent. Dies liegt allerdings wohl unter anderem daran, dass Unternehmen in vielen Ländern Handelsgeschäfte vorgezogen haben, um den von den USA angedrohten massiven Zollerhöhungen zuvorzukommen. Inzwischen macht sich der zunehmende Protektionismus immer stärker bemerkbar. In Zahlen (Grafik):

Das reale Wachstum der globalen Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2026 voraussichtlich auf 2 Prozent zurückgehen.

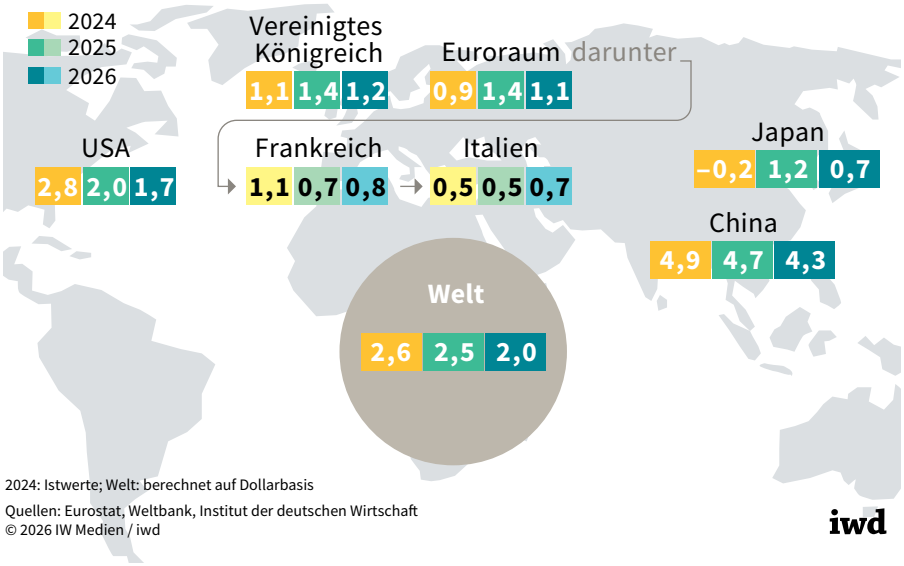
Der Welthandel dürfte sogar nur noch um 1,5 Prozent expandieren.

Neben der US-Zollpolitik spielen dabei auch potenzielle Unterbrechungen der internationalen Lieferketten – etwa, weil China die Ausfuhr kritischer Rohstoffe beschränkt – und steigende Zinslasten eine Rolle. Außerdem könnte ein Schock an den Finanzmärkten drohen, wenn sich der KI-Investitionsboom nicht dauerhaft in entsprechenden Gewinnen niederschlägt.

Die konkreten Aussichten für einige Länder und Regionen in Kürze:

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



2024: Istwerte; Welt: berechnet auf Dollarbasis

Quellen: Eurostat, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

USA. Die US-Konjunktur verlangsamt sich 2026 deutlich. Darauf deutet unter anderem das gesunkene Konsumentenvertrauen hin. Dies wiederum dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass die Verbraucher in den USA einen großen Teil der Preissteigerungen schultern müssen, die sich aus den Zollerhöhungen ergeben. Zudem schwächelt der US-Arbeitsmarkt – mit 4,6 Prozent erreichte die Arbeitslosenquote im November 2025 den höchsten Wert seit September 2021.

China. Die chinesische Wirtschaft leidet unter der US-Handelspolitik, aber auch unter der hausgemachten Strukturkrise, beispielsweise in der Immobilienbranche. Die Regierung in Peking versucht zwar, mit fiskalischen und geldpolitischen Impulsen gegenzusteuern, die Binnennachfrage bleibt aber schwach. Das BIP wird deshalb 2026 real nur um 4,3 Prozent zulegen – ein für chinesische Verhältnisse niedriger Wert.

Euroraum. Hier steht die Verunsicherung durch die geopolitische Lage einer zuletzt durch kräftige Lohnsteigerungen belebten Binnenkonjunktur gegenüber. Unterm Strich reicht das im neuen Jahr noch für ein preisbereinigtes Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent.

IW-Report 65/2025
Thomas Obst, Galina Kolev-Schaefer: Weltwirtschaft – trügerische Stabilität

Weiterhin hohe Fehlzeiten

Krankenstand. *Im Jahr 2024 war jeder Arbeitnehmer im Schnitt 22,3 Kalendertage krankgeschrieben. Damit verharrt der Krankenstand seit 2022 auf hohem Niveau. Das liegt auch daran, dass seitdem alle ärztlichen Atteste – auch bei Kurzzeiterkrankungen – digital gemeldet werden und die Erfassung des Krankstands damit genauer ist als zuvor. Die häufigsten Ursachen für Fehlzeiten sind Krankheiten des Atmungssystems wie zum Beispiel Erkältungen – diese sind aber meist schnell wieder auskuriert.*

82

Milliarden Euro

mussten die Unternehmen in Deutschland 2024 schätzungsweise für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, 2019 waren es rund **17,5 Milliarden Euro** weniger

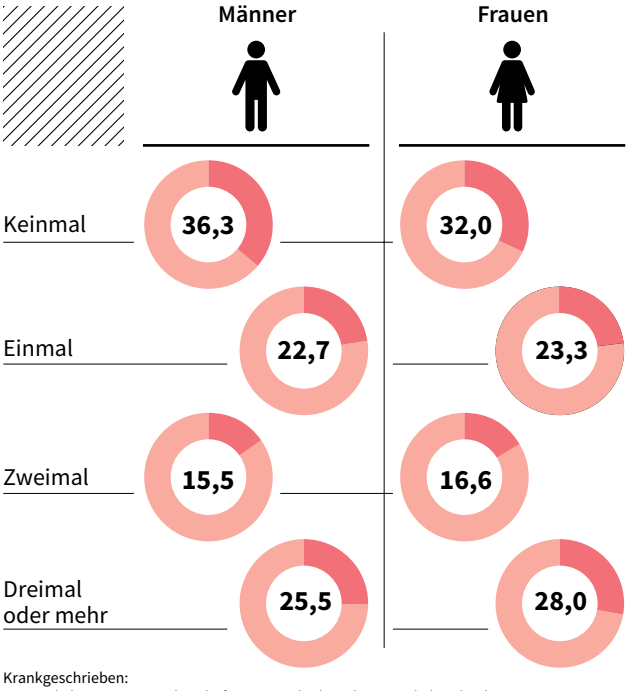
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Nur ein Drittel kommt fit durchs Jahr

Blieb 2021 noch rund die Hälfte aller Beschäftigten das ganze Jahr gesund, ist es seitdem nur noch gut ein Drittel. Dabei handelt es sich aber wohl eher um einen statistischen Effekt. Denn seit 2022 werden alle attestierten Erkrankungen digital erfasst, während zuvor Arbeitnehmer schlicht vergessen haben könnten, bei Kurzzeiterkrankungen ihre Krankenkasse zu benachrichtigen.

So viel Prozent der Beschäftigten waren 2024 so oft krankgeschrieben



Krankgeschrieben:
mit ärztlichem Attest von beschäftigten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Die Rolle des Berufs

Die Zahl der Krankheitstage variiert stark zwischen den verschiedenen Berufen: Legten Beschäftigte in Lehre und Forschung an Hochschulen im Schnitt nur für acht Kalendertage im Jahr 2024 ein ärztliches Attest vor, waren es in der Altenpflege mit rund 39 Tagen fast fünfmal so viele.

Krankheitstage 2024 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen

Altenpflege	38,7
Industrielle Keramikherstellung und -verarbeitung	36,0
Textiltechnik und -produktion	34,9
Industrielle Glasherstellung und -verarbeitung	34,4
Kunststoff- und Kautschukherstellung und -verarbeitung	34,3
...	
Geisteswissenschaften	10,1
Geschäftsführung und Vorstand	9,9
Technische Forschung und Entwicklung	9,8
Wirtschaftswissenschaften	9,7
Lehr- und Forschungstätigkeit an Hochschulen	8,2

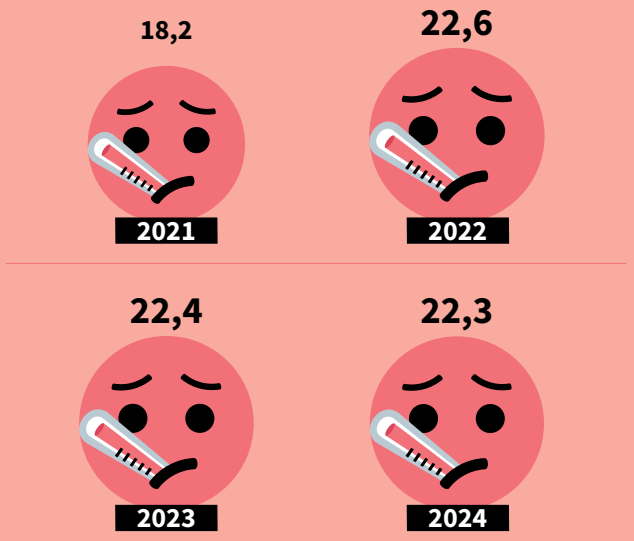
Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Krankenstand konstant hoch

Durchschnittliche Krankheitstage je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; seit 2022: digitale Meldung und Erfassung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

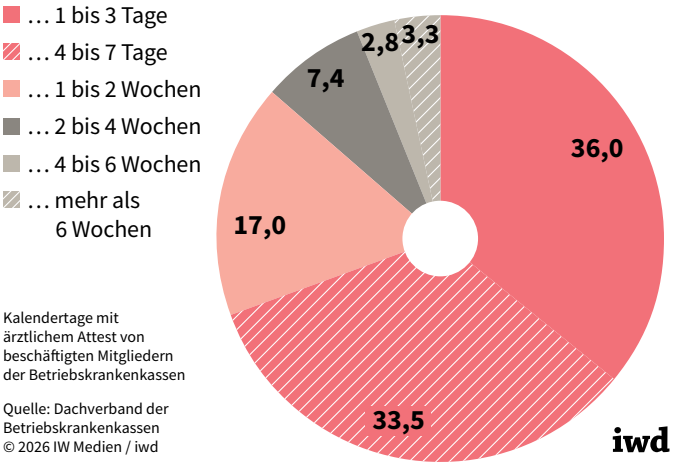
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Die meisten sind schnell wieder fit

Waren 2021 noch sechs von zehn Beschäftigten nach spätestens einer Woche wieder fit, sind es nun schon rund sieben von zehn. Das liegt aber eher nicht an einer schnelleren Genesungszeit, sondern vielmehr an der 2022 eingeführten elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, die zu einer besseren Erfassung von Kurzzeiterkrankungen geführt hat.

So viel Prozent der Krankheitsfälle 2024 dauerten …



Kalendertage mit ärztlichem Attest von beschäftigten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen

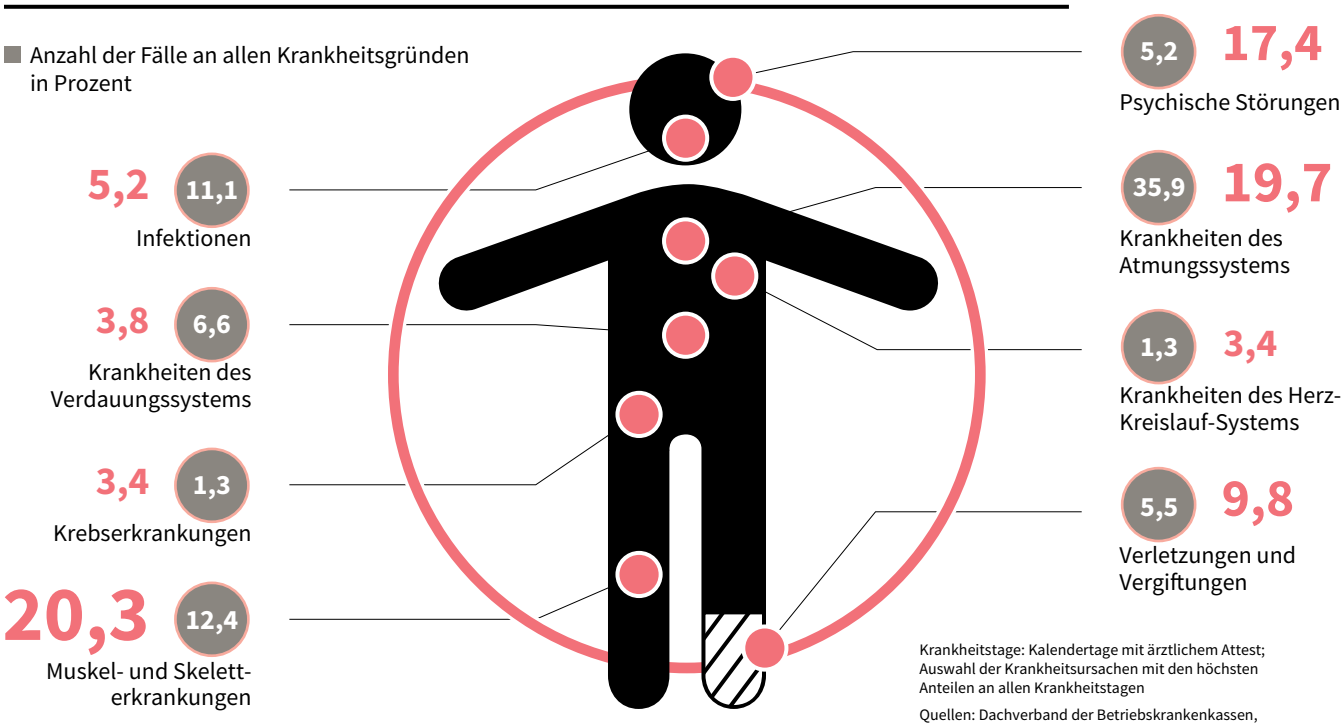
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Die Krankheitsgründe

Rund ein Fünftel aller Krankheitstage ist auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurückzuführen, fast genauso viele Fehltage entfielen auf Atemwegsbeschwerden. Psychische Leiden treten zwar nur in 5 Prozent aller Fälle auf, Behandlung und Genesung sind dafür aber besonders langwierig.

So viel Prozent der Krankheitstage von beschäftigten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen entfielen 2024 auf …



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; Auswahl der Krankheitsursachen mit den höchsten Anteilen an allen Krankheitstagen

Quellen: Dachverband der Betriebskrankenkassen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Stabiles Niveau

Private Haushalte. *Die Einkommensverteilung in Deutschland hat sich seit der Coronapandemie kaum verändert. Im europäischen Vergleich bedeutet das einen Platz im Mittelfeld. Insgesamt kommen die meisten Bundesbürger mit ihrem Einkommen relativ gut bis sehr gut zurecht – in keinem anderen EU-Land ist der Anteil so hoch.*

Wie gleich oder auch ungleich die Einkommen in einem Land verteilt sind, ermitteln Statistiker mit dem Gini-Koeffizienten. Ein Koeffizient von eins bedeutet, dass eine Person das gesamte Einkommen auf sich vereint, bei null würden alle Menschen das gleiche Einkommen beziehen. Die aktuellen Daten zeigen:

Der Gini-Koeffizient lag im Jahr 2023 in Deutschland bei knapp 0,3 oder darunter – je nach Datenquelle. Damit ist er seit 2008 fast unverändert geblieben.

Mit diesem Wert lag Deutschland im Jahr 2023 im EU-Schnitt. Neben der Verteilung der Einkommen sind auch deren Höhe und die allgemeine Kaufkraft wichtig. Der passende Parameter, um dies zu ermitteln, ist das kaufkraftbereinigte Nettoäquivalenzeinkommen. Es macht Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar.

Demnach lag Deutschland trotz Rezession und Inflation im Jahr 2023 unter den fünf EU-Ländern mit der höchsten mittleren Kaufkraft. Der Median des Nettoäquivalenzeinkommens belief sich in der Bundesrepublik auf 27.619 Euro. Nur in den Beneluxstaaten und Österreich konnten sich die Menschen im Mittel mehr Waren und Dienstleistungen leisten.

Neueste Daten zeigen zudem, dass sich die Reallöhne in Deutschland im dritten Quartal 2025 wieder auf dem Niveau von 2019 bewegten und sich die Kaufkraft somit langsam wieder erholt.

Dies spiegelt sich auch im Blick der Bundesbürger auf ihr Einkommen wider (Grafik Seite 15):

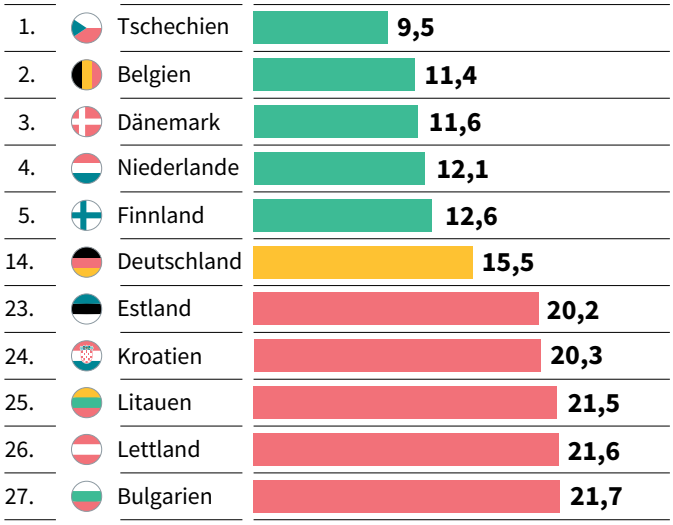
82 Prozent der Menschen in Deutschland kamen nach eigener Angabe im Jahr 2023 mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen relativ bis sehr gut zurecht. In keinem anderen EU-Land war der Anteil höher.

In den Niederlanden, Schweden und Luxemburg schätzen die Menschen ihre Einkommenssituation ebenfalls sehr positiv ein. Besonders schlecht kommen die Menschen in Bulgarien und Griechenland mit ihrem Einkommen zurecht.

Aus den Einkommensdaten lässt sich auch berechnen, wie viele Menschen von Armut bedroht sind. Zu dieser Gruppe gehören alle, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. In der Bundesrepublik waren das im Jahr 2024 auf der Grundlage des Mikrozensus 16,2 Prozent der Bevölkerung. Gegenüber 2021 bedeutet das einen Rückgang um 0,6 Prozentpunkte. Legt man die Werte der European Union Statistics on Income and Living Conditions zugrunde, lag die Armutsgefährdungsquote mit

Armutsgefährdung: Deutschland im Mittelfeld

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen EU-Staaten waren im Jahr 2023 von Einkommensarmut gefährdet



Armutsgefährdung: Einer Person stehen weniger als 60 Prozent des mittleren nominalen Nettoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Landes zur Verfügung; Nettoäquivalenzeinkommen: in Kaufkraftstandards gemessenes Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften in einem Haushalt und die im Vergleich zu Erwachsenen niedrigeren Bedarfe von Kindern berücksichtigt

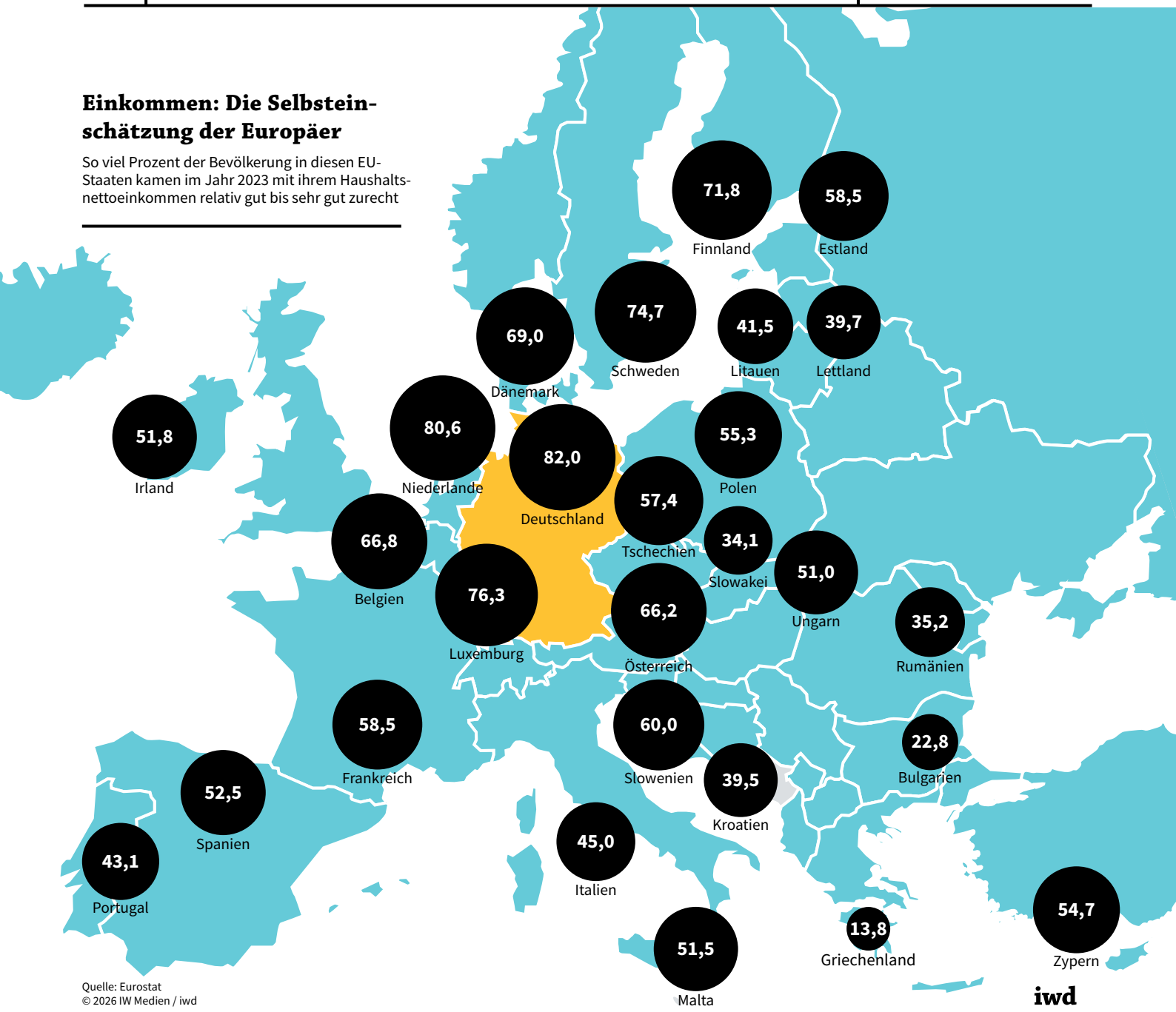
Quelle: Eurostat

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Einkommen: Die Selbsteinschätzung der Europäer

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen EU-Staaten kamen im Jahr 2023 mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen relativ gut bis sehr gut zurecht



Quelle: Eurostat
© 2026 IW Medien / iwd

15,5 Prozent im Jahr 2023 sogar noch etwas niedriger. Im Ländervergleich bedeutet das (Grafik Seite 14):

In der EU landet Deutschland mit dieser Armutsgefährdungsquote auf Platz 14 und bewegt sich unterhalb des bevölkerungsgewichteten EU-Schnitts von 16,2 Prozent.

Im Verhältnis zum mittleren Einkommen des Landes sind in Tschechien besonders wenige Menschen von relativer Armut bedroht. Dagegen lebt mehr als jeder Fünfte in den baltischen Staaten sowie in Kroatien und Bulgarien von weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Landes.

Die IW-Auswertung lässt sich aus deutscher Sicht angesichts der von zahlreichen Krisen geprägten zurückliegenden Jahre durchaus positiv bewerten. Sie steht auch im Gegensatz zu dem oftmals sehr pessimistischen Bild der Einkommensverteilung in der Bevölkerung und den Medien. Es gilt daher, die genannten positiven Befunde in der öffentlichen Diskussion stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um sachlich über die künftige Gestaltung eines wirksamen Sozialstaats debattieren zu können.

IW-Report 66/2025
Maximilian Stockhausen, Judith Niehues, Henrik Engel: Einkommensverteilung in Deutschland und der Europäischen Union

Putzen unter der Hand

Arbeitsmarkt. *Haushaltshilfen entlasten viele Menschen in Deutschland in ihrem Alltag. Von den gut 4,4 Millionen Hilfen sind aber nur die wenigsten offiziell angemeldet. Die Gründe dafür reichen von rechtlichen Fehleinschätzungen bis zu finanziellen Bedenken.*

Private Haushaltshilfen so gut wie nie angemeldet

So viel Prozent der Haushaltshilfen in Deutschland hatten im Jahr 2025 diesen Beschäftigungsstatus

Sozialversichungspflichtig beschäftigt

1

Selbstständig

1

Minijob

6

Schwarzarbeit

92

Schätzung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Putzen, einkaufen, den Garten pflegen – Haushaltskräfte sind für viele Menschen in Deutschland auf einer Skala von „große Hilfe“ bis „unverzichtbar“ einzuordnen. Externe Unterstützung ist in mehr als jedem zehnten Haushalt gang und gäbe. Die monatlichen Kosten belaufen sich laut Sozio-oekonomischem Panel für regelmäßige Beschäftigungen auf durchschnittlich 176 Euro pro Haushalt im Monat und für gelegentliche Hilfen auf 126 Euro. Diese kleinen Beträge summieren sich zu einem gewaltigen Umsatz, im Jahr 2023 belief er sich auf mehr als 8,6 Milliarden Euro.

Doch vieles davon wird auf illegalem Weg gezahlt (Grafik):

Gut vier Millionen Privathaushalte beschäftigen ihre Hilfskräfte schwarz – das entspricht einem Anteil von 92 Prozent.

Die Betroffenen arbeiten somit ohne Absicherung und Unfallschutz. Lediglich in 275.000 Haushalten ist ein Minijobber angemeldet – das sind etwa 6 Prozent der Fälle.

Das IW hat mit einer repräsentativen Befragung nach den Gründen für die weit verbreitete Schwarzarbeit gesucht. Demnach sieht gut ein Drittel die Hilfe zu Hause als Nachbarschaftsdienst und damit als nicht anmeldepflichtig. Da die rechtlich relevante „nachhaltige Gewinnerzielungsabsicht“ zwar je nach Einzelfall variiert, der Gesetzgeber die Grenze aber grundsätzlich niedrig angesetzt hat, liegen viele Befragte mit ihrer Einschätzung daneben. Ein Beispiel: Die Gewinnabsicht wird schon bei regelmäßigem Rasenmähen (drei Stunden für 20 Euro) unterstellt.

Weitere Gründe für die Beschäftigung unter der Hand sind, dass die Haushaltshilfe keine Anmeldung möchte (25 Prozent) und die Kosten einer legalen Beschäftigung als zu hoch eingeschätzt werden (16 Prozent). Dabei kann sich die Anmeldung für Haushalte steuerlich lohnen und dadurch günstiger sein als Schwarzarbeit.

Wer sich – sowohl als privater Arbeitgeber als auch als Hilfskraft – auf der rechtlich sicheren Seite wiederfinden möchte, kann die Dienste seriöser gewerblicher Anbieter nutzen, die sich um die nötigen administrativen Aufgaben kümmern.

IW-Kurzbericht 107/2025
Dominik Enste: Vier Millionen Haushalte melden ihre Haushaltshilfe nicht an

MINT zahlt sich aus

Einkommen. *In Deutschland verdienten Ende 2024 Menschen mit indischer Staatsbürgerschaft im Median am meisten. Das liegt vor allem daran, dass sie oft in gut bezahlten akademischen MINT-Berufen beschäftigt sind.*

Die Demografie und der Fachkräftemangel sind Deutschlands Antrieb, mehr Fachkräfte aus Drittstaaten für den hiesigen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Das hat in den vergangenen Jahren durchaus gut funktioniert: Zwischen Ende 2012 und Ende 2024 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um gut 153 Prozent gestiegen.

Besonders erfolgreich wirbt Deutschland in akademischen MINT-Berufen – das sind Jobs, für die ein Hochschulabschluss in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik notwendig ist – um Fachkräfte aus Drittstaaten. Im Betrachtungszeitraum betrug das Plus hier 376 Prozent. Hervor sticht dabei eine Nation:

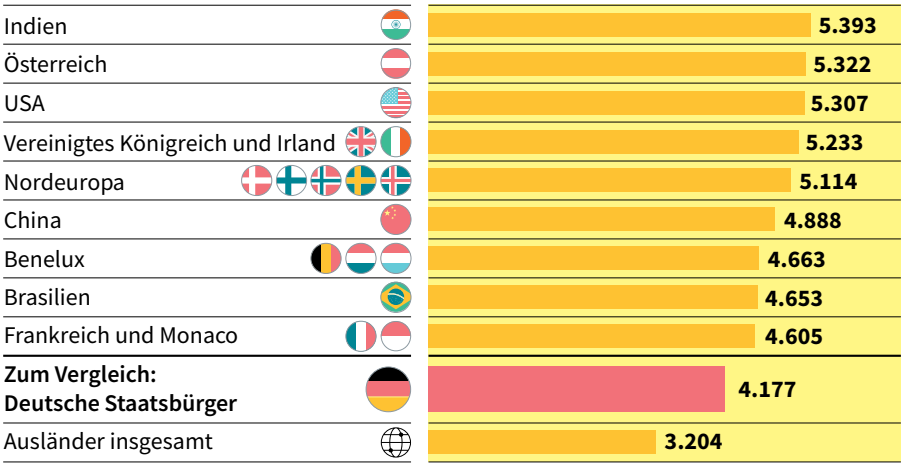
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Inder in akademischen MINT-Berufen stieg zwischen Ende 2012 und Ende 2024 von 3.750 auf 32.847 und damit um fast 776 Prozent.

Damit haben mehr als 30 Prozent der in Deutschland arbeitenden Inder einen Job im akademischen MINT-Bereich. Keine andere Nation kommt auf einen ähnlichen Anteil.

Die starke Präsenz der indischen Staatsbürger im MINT-Sektor macht sich auch in der Entgeltstatistik bemerkbar, denn Jobs in diesem Bereich sind in der Regel gut bezahlt (Grafik):

Gehälter in Deutschland: Inder führen

So hoch war der Medianlohn von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland nach Staatsangehörigkeit Ende 2024 in Euro je Monat



Medianlohn: Die eine Hälfte der Beschäftigten verdient mehr, die andere weniger
Nordeuropa: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Island
Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg
Ausländer: inklusive Staatenlose und ohne Angabe

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Unter den Vollzeitbeschäftigten in Deutschland erhalten Inder mit 5.393 Euro pro Monat den höchsten Medianlohn.

Knapp dahinter folgen Arbeitskräfte aus Österreich, den USA sowie dem Vereinigten Königreich und Irland. Die deutschen Staatsbürger erreichen einen Medianlohn von 4.177 Euro.

Die hohen Mediangehälter ausländischer Beschäftigter deuten darauf hin, dass sie überdurchschnittlich oft als Fachkräfte oder in akademischen Berufen beschäftigt sind. Angesichts des fortlaufenden demografischen Wandels wird das Anwerben qualifizierter Kräfte für die deutsche Wirtschaft künftig eine noch wichtigere Rolle spielen. Eine verstärkte Zuwanderung über die Hochschulen (siehe iwd 25/2025) und unbürokratische Prozesse können dafür besonders hilfreich sein.

IW-Kurzbericht 1/2026
Axel Plünnecke: Indische Beschäftigte verdienen weiterhin am meisten

Doppelte Herausforderung

Pflege. *Viele Menschen in Deutschland, die Angehörige oder Freunde privat pflegen, arbeiten parallel. Nicht selten reduzieren die Pflegenden infolge der übernommenen Verantwortung ihren Erwerbsumfang. Den umgekehrten Fall – nach Beginn der Pflegetätigkeit wird die Arbeitszeit ausgedehnt – gibt es allerdings auch.*

Private Pflege ist in Deutschland für viele Menschen ein Thema: Laut Sozio-oekonomischem Panel (SOEP) gab es im Jahr 2022 hierzulande insgesamt 5,65 Millionen Personen, die andere Menschen mit Pflegetätigkeiten unterstützten. Eingerechnet sind dabei sowohl die Pflege im engeren Sinne als auch Hilfeleistungen im Haushalt oder eine ergänzende Betreuung von Menschen, die in einem Pflegeheim leben – etwa, wenn ein Angehöriger mit der pflegebedürftigen Person spazieren geht.

Für viele Pflegende ist die Betreuung eines nahestehenden Menschen eine große Herausforderung – schon allein aus dem Grund, dass immerhin rund 4,2 Millionen privat Pflegende im Jahr 2022 jünger als 66 Jahre waren und damit in der Regel parallel im Erwerbsleben bestehen müssen:

Von den 18- bis unter 50-jährigen Pflegenden waren im Jahr 2022 rund 75 Prozent erwerbstätig und arbeiteten im Durchschnitt 35 Stunden je Woche. Zugleich wendeten sie an jedem Werktag durchschnittlich drei Stunden für Pflegetätigkeiten auf.

Um diese Zahlen noch besser einordnen zu können, hat das IW die Erwerbstätigkeit von Pflegenden und Nichtpflegenden näher verglichen. Einige Unterschiede fallen dabei ins Auge (Grafik):

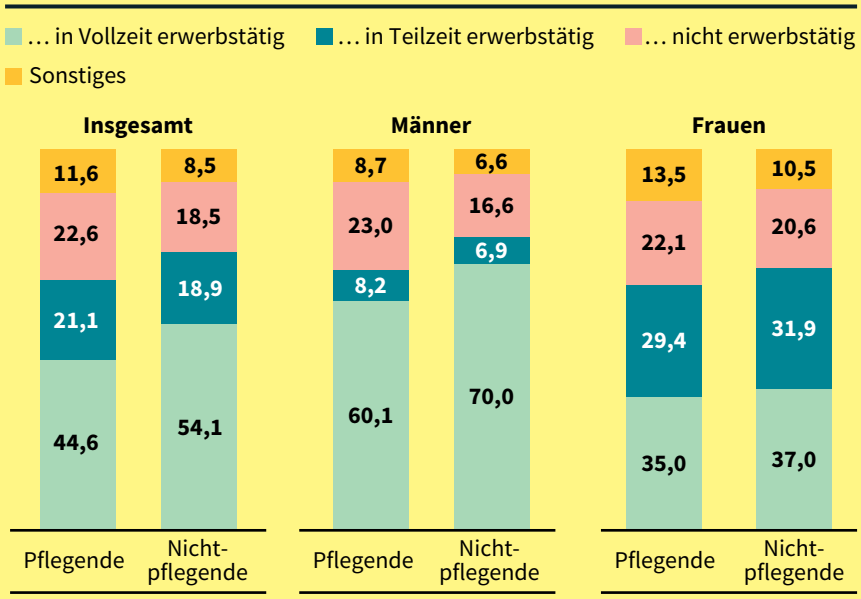
Im Schnitt übten im Jahr 2022 knapp 45 Prozent aller Pflegenden im Alter von 18 bis 65 Jahren eine Vollzeittätigkeit aus – bei jenen, die keine Pflegeverantwortung hatten, war der Anteil knapp 10 Prozentpunkte höher.

Dieser Effekt geht fast vollständig darauf zurück, dass pflegende Männer, vor allem in der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen, deutlich seltener in Vollzeit erwerbstätig sind als ihre nicht pflegenden Altersgenossen.

Bei den Frauen sind die Unterschiede zwischen Pflegenden und Nichtpflegenden deutlich geringer. In den Erwerbstätigkeitsdaten schlägt sich allerdings nieder, dass Frauen in der Gruppe der pflegenden 18- bis

Wer pflegt, arbeitet seltener Vollzeit

So viel Prozent der 18- bis 65-Jährigen in Deutschland waren im Jahr 2022 …



Sonstiges: in Ausbildung, geringfügig erwerbstätig, Altersteilzeit mit Arbeitszeit null, Freiwilliges Soziales Jahr, betriebliches Praktikum, Kurzarbeit sowie keine Angabe

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

65-Jährigen mit knapp 2,6 Millionen gegenüber Männern (gut 1,6 Millionen) deutlich in der Mehrheit sind. Daher fällt der geringere Erwerbsumfang dieser Frauen ins Gewicht:

Mit 35 Prozent war der Anteil der in Vollzeit erwerbstätigen an allen privat pflegenden Frauen zuletzt deutlich niedriger als der entsprechende Anteil bei den Männern (60 Prozent).

Zugleich hatten 2022 mehr als 29 Prozent jener Frauen im erwerbsfähigen Alter, die privat Pflegetätigkeiten ausübten, einen Teilzeitjob – während dies nur für gut 8 Prozent der pflegenden Männer dieser Altersgruppe galt.

Zusätzlich zu diesem statischen Vergleich haben die IW-Forscher analysiert, wie sich der Erwerbsumfang verändert, wenn jemand Pflegeverantwortung übernimmt. Die Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Pflegenden weiterhin in gewohntem Maße seiner Arbeit nachgeht (Grafik):

Rund 90 Prozent jener 1,9 Millionen Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, die zum Befragungszeitpunkt in Vollzeit tätig waren und eine Person pflegten, hatten auch davor eine Vollzeitstelle.

Gut 7 Prozent hatten zuvor nur einen Teilzeitarbeitsplatz oder waren gar nicht erwerbstätig – haben also mit der Übernahme der Pflegetätigkeiten ihren Erwerbsumfang sogar ausgedehnt.

Die umgekehrte Entwicklung gibt es allerdings auch: Von jenen etwa 0,9 Millionen 18- bis 65-jährigen Pflegenden, die im Jahr 2022 nicht erwerbstätig waren, hatte knapp jeder Vierte vor dem Beginn der Pflegetätigkeit einen Vollzeitjob. Weitere knapp 12 Prozent waren teilzeitbeschäftigt, bevor sie Pflegeverantwortung übernahmen.

Insgesamt haben von allen Pflegenden im erwerbsfähigen Alter rund 625.000 mit Aufnahme der Pflegetätigkeit ihren Erwerbsumfang reduziert, während 440.000 trotz Pflegeverantwortung ihre Arbeitszeit ausgedehnt haben.

Die Motive für die jeweiligen Entscheidungen – etwa, inwieweit finanzielle Notwendigkeiten dazu gezwungen haben, trotz der zeitlichen Belastung durch die Pflege auch noch mehr zu arbeiten – lassen sich aus den vorliegenden Daten nicht entnehmen. Aufschlussreich ist allerdings ein weiterer Befund aus dem SOEP:

Demnach sagen 63 Prozent der 18- bis unter 50-jährigen Pflegenden, die derzeit nicht erwerbstätig sind, dass sie „ganz sicher“ wieder eine Beschäftigung anstreben.

Weitere 23 Prozent würden „wahrscheinlich“ wieder arbeiten wollen.

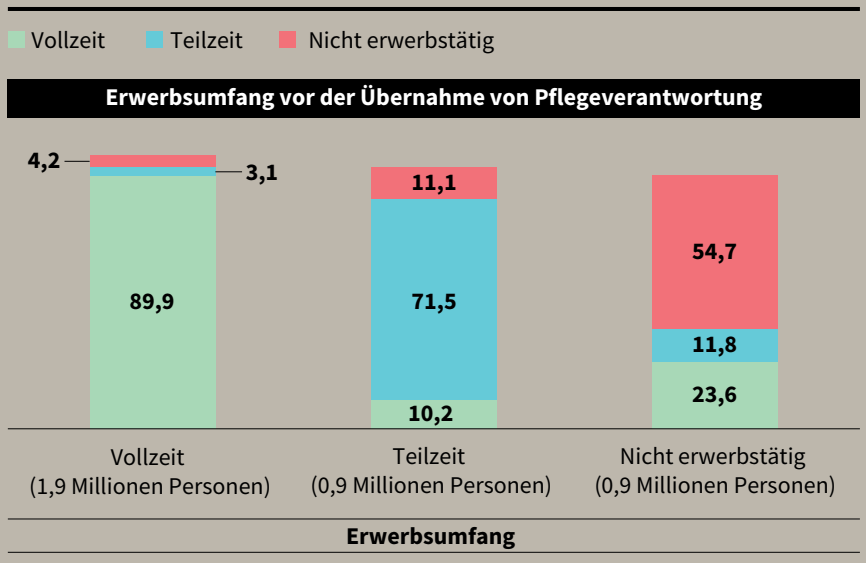
Zwar geben auch hier die Daten keine genaue Auskunft darüber, unter welchen Umständen ein Wiedereinstieg in den Job gewünscht ist. Die Politik sollte die IW-Befunde aber in jedem Fall zum Anlass nehmen, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit zu verbessern – indem sie beispielsweise die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen weiter flexibilisiert. Denn je mehr Pflegende den nötigen Handlungsspielraum erhalten, um Job und Pflege unter einen Hut zu bekommen, desto weniger wertvolles Arbeitskräftepotenzial geht verloren.

Aus IW-Trends 4/2025
Maximilian Stockhausen: Erwerbsarbeit und Pflege – Wie werden Erwerbstätigkeit und private Pflege miteinander vereinbart?

Pflege: Der Effekt auf den Erwerbsumfang

Lesebeispiel: Von den rund 1,9 Millionen Pflegenden im Alter von 18 bis 65 Jahren, die im Jahr 2022 einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgingen, waren rund 90 Prozent auch vor der Übernahme der Pflegeverantwortung vollzeitbeschäftigt, 3 Prozent hatten zuvor einen Teilzeitjob und 4 Prozent waren nicht erwerbstätig

18- bis 65-jährige Pflegende in Deutschland im Jahr 2022, in Prozent



Rest zu 100: Sonstiges, u. a. in Ausbildung, geringfügig erwerbstätig, Altersteilzeit mit Arbeitszeit null

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd
iwd

Weltweit im Wandel

Arbeitskämpfe. *In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten ist die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage in Deutschland tendenziell gestiegen. Im internationalen Vergleich gehört die Bundesrepublik allerdings nach wie vor zu den Ländern mit den stabilsten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.*

Unterbrochene Produktionsketten, stillstehende Bahnen, geschlossene Kitas: Wenn Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen bestreikt werden, hat das für die Betroffenen teils nur nervige, teils aber auch sehr teure Auswirkungen.

Aufsehen erregen diese Arbeitskonflikte vor allem dann, wenn sie besonders lang und umfangreich sind. So fielen im Jahr 2015 insgesamt mehr als eine Million Arbeitstage in Deutschland aus – vor allem deshalb, weil sich bei der Deutschen Post ein Arbeitskampf über viele Wochen zog.

Solche Großkonflikte sind hierzulande aber nicht die Regel. Zudem zeigte der Trend der streikbedingten Ausfalltage über einen langen Zeitraum nach unten, wie die Daten der Bundesagentur für Arbeit verdeutlichen (Grafik):

Während in den 1980ern im Schnitt mehr als 600.000 Arbeitstage pro Jahr durch Streiks und Aussperrungen ausfielen, waren es zwischen 2000 und 2009 nur noch knapp 150.000.

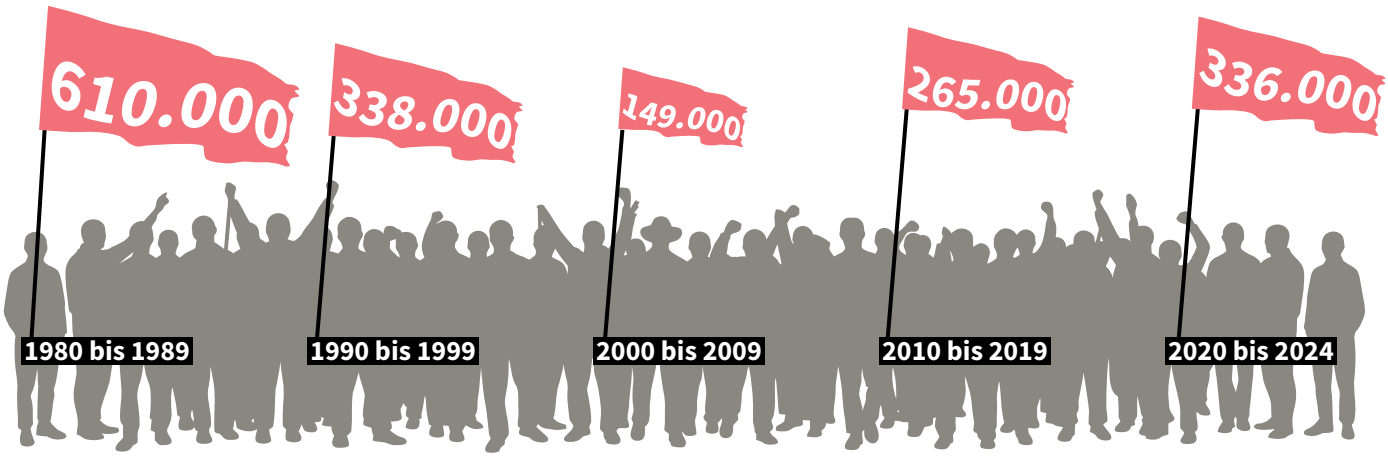
Seither hat sich die Zahl der jährlich durch Arbeitskämpfe verursachten Ausfalltage allerdings wieder mehr als verdoppelt – wenngleich die Streiks nach wie vor meist recht kurz sind und ihr Umfang – die Zahl der Streikenden je Betrieb – sich sogar verringert hat. Dabei dominieren Warnstreiks gegenüber unbefristeten Streiks.

Dass die Verhandlungen über Tariflöhne und sonstige Arbeitsbedingungen hierzulande in der Regel vergleichsweise konfliktarm verlaufen, zeigt auch der Blick über die Landesgrenzen (Grafik Seite 21):

Im Schnitt der Jahre 2010 bis 2024 fielen in Frankreich und Kanada je 1.000 Beschäftigte mehr als

Arbeitskämpfe werden wieder härter

So viele Arbeitstage gingen in Deutschland im Jahresdurchschnitt durch Streiks und Aussperrungen verloren



Bis 1992: nur Westdeutschland; ab 2008: einschließlich Bagatellstreiks mit weniger als zehn beteiligten Arbeitnehmern, einer Dauer von weniger als einem Tag oder insgesamt weniger als 100 Ausfalltagen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

100 Arbeitstage streikbedingt aus, in Deutschland waren es weniger als 9 Tage.

Dass Frankreich an der Negativspitze dieses Rankings steht, liegt unter anderem daran, dass Streiks dort ein gängiges Instrument sind, um politische Ziele durchzusetzen.

Generell wird in Südeuropa, den angelsächsischen und einigen skandinavischen Staaten mehr gestreikt als in Mittel- und Osteuropa. Ausschlaggebend für die Unterschiede sind unter anderem die jeweiligen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, also wie zum Beispiel der Gesetzgeber die Tarifpartnerschaft geregelt hat.

Die länderspezifischen Besonderheiten tragen auch dazu bei, dass sich kaum allgemeingültige Trends beim Arbeitskampfvolumen ausmachen lassen. Einige Befunde sind dennoch bemerkenswert:

Langfristige Entwicklung. Stellt man die Lage in den 1980er Jahren dem Zeitraum ab 2020 gegenüber, zeigt sich in einer Mehrheit der analysierten Länder ein (fast) kontinuierlicher Rückgang der Streiktage.

Am stärksten verringerte sich die Zahl der jährlich verlorenen Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte in Spanien (von 640 auf 38), Neuseeland (von 484 auf 10) und Irland (von 380 auf 4).

In sieben Ländern, darunter Deutschland, verlief die Entwicklung dagegen unstetig. Auch wurde in einigen Ländern, die zuvor ein sinkendes Arbeitskampfvolumen verzeichneten, seit 2020 wieder mehr gestreikt – etwa in den USA, dem Vereinigten Königreich und Finnland. Ob dies eine Trendwende bedeutet, ist aber noch nicht abschätzbar.

Strukturwandel. In den vergangenen Jahrzehnten hat der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung weltweit zugenommen. Dies hat in einer Mehrzahl der untersuchten Länder auch dazu geführt, dass sich Streiks vermehrt in die Servicebranchen verlagern. In Dänemark, Japan, Norwegen, Portugal und dem Vereinigten Königreich war der Anteil der Ausfalltage, die im Dienstleistungssektor verzeichnet wurden, zuletzt sogar größer als dessen Beschäftigungsanteil. Es gibt aber auch Staaten, in denen sich das Arbeitskampfgeschehen nicht eindeutig in Richtung Servicewirtschaft verlagert hat – dies gilt beispielsweise für Finnland, Mexiko, die Niederlande, Polen, Schweden, die Schweiz und die Slowakei.

Streikumfang und -dauer. Hier sind die Zahlen je nach Land und Zeitraum ebenfalls sehr unterschiedlich. Während zum Beispiel Österreich in den Jahren 2000 bis 2009 im Schnitt auf mehr als 50.000 Streikende pro Ausstand kam – Grund waren drei Generalstreiks gegen eine Pensionsreform –, hatte in Deutschland, Japan und der Slowakei in jüngster Zeit jeder Streik im Schnitt weniger als 200 Teilnehmer.

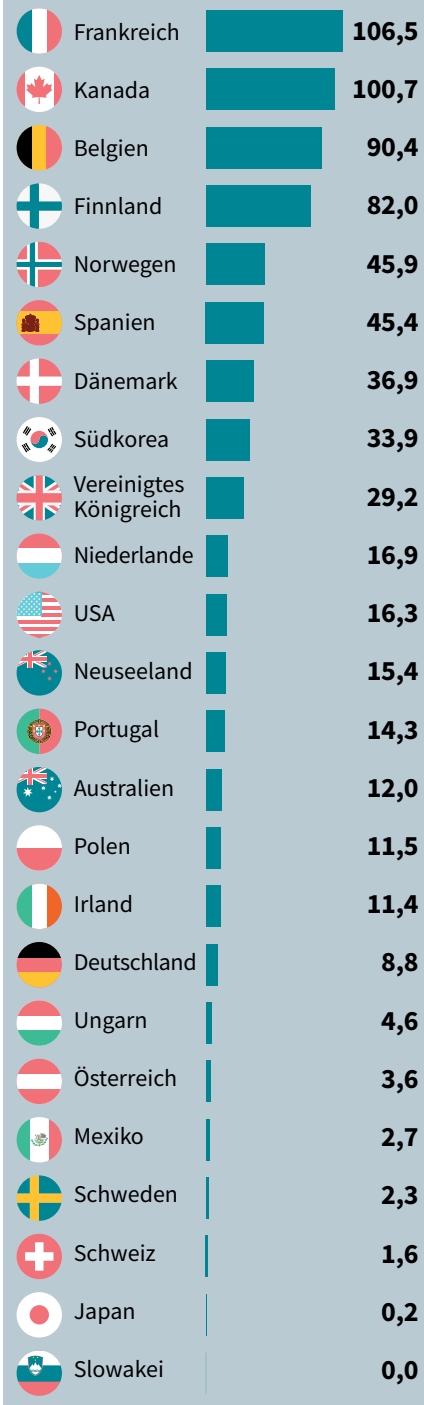
Ebenso gab es auf der einen Seite Länder, wo in den zurückliegenden Jahren jeder Streikende im Schnitt mindestens fünf Tage lang im Ausstand war – in den USA waren es von 2000 bis 2009 sowie ab 2020 sogar mehr als 25 Tage. Auf der anderen Seite lag die durchschnittliche Streikdauer in einer Reihe von Staaten regelmäßig unter zwei Tagen. Neben Deutschland zählten dazu unter anderem Österreich, Portugal und die Slowakei.

Zudem lassen sich bei keinem der beiden Indikatoren klare Tendenzen im Zeitablauf erkennen, die für alle untersuchten Länder gelten.

Aus IW-Trends 4/2025
Hagen Lesch: Arbeitskämpfe im Wandel – Deutschland im OECD-Ländervergleich

Arbeitskampfvolumen international

So viele Arbeitstage gingen je 1.000 Beschäftigte im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2024 durch Streiks und Aussperrungen verloren



Frankreich, Kanada, Südkorea, USA, Portugal, Polen, Mexiko, Japan, Slowakei: 2010 bis 2023; teilweise Datenlücken für einzelne Länder

Quellen: Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, OECD, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Mehr Kinder-Geld nötig

Kinderbetreuung. *Die einzelnen Bundesländer geben unterschiedlich viel Geld für die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren aus. Angesichts der nach wie vor bestehenden Betreuungslücken sollten einige Länder mehr Mittel einsetzen – vor allem für die Betreuung der ganz Kleinen.*

Politiker betonen immer wieder, wie wichtig Kinder für die Zukunft Deutschlands sind und dass alles für ihre Förderung getan werden müsse. Ein wichtiger Baustein dabei ist zweifellos eine gute Betreuung in den Lebensjahren vor der Einschulung – sei es in einer Kita oder bei Tageseltern. Das IW hat nun genau nachgeschaut, wie viel Geld die öffentlichen Haushalte in den einzelnen Bundesländern für die Betreuung der Jüngsten bereitstellen. Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik liefert hierzu derzeit Daten bis 2023. Das Ergebnis der Auswertung (Grafik):

Mit 12.145 Euro je Kind unter sechs Jahren haben das Land und die Kommunen in Brandenburg 2023 am meisten für die Betreuungseinrichtungen ausgegeben.

Mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt stehen weitere Länder im Osten der Bundesrepublik in der Ausgaben-Rangliste weit oben.

Am geringsten waren die öffentlichen Ausgaben mit 8.590 Euro in Baden-Württemberg und auch auf den anderen hinteren Plätzen finden sich mit dem Saarland und Bayern Länder im Süden und Westen Deutschlands. Das einzige ostdeutsche Land, das weniger als den Bundesdurchschnitt in die Kinderbetreuung investiert, ist Thüringen.

Die insgesamt deutlich überdurchschnittlichen Ausgaben in Ostdeutschland hängen mit den regional unterschiedlichen Betreuungsverhältnissen zusammen. Denn je jünger die zu betreuenden Kinder sind, umso mehr Personal benötigen die Einrichtungen und umso höher sind ihre Kosten. Und tatsächlich werden in Ostdeutschland deutlich mehr unter Dreijährige versorgt und gefördert als im Westen:

Im März 2023 waren 28 Prozent der in den ostdeutschen Kitas betreuten Jungen und Mädchen jünger als drei Jahre – in den Westländern betrug dieser Anteil nur 19 Prozent.

Dieses Gefälle spiegelt sich auch in den Betreuungsquoten wider: Im Frühjahr 2023 wurden in den ostdeutschen Flächenländern zwischen 54 und 60 Prozent der unter Dreijährigen in Kitas oder bei Tageseltern betreut – im Westen lag diese Quote teils lediglich bei etwas mehr als 30 Prozent.

Nun ist es keineswegs so, dass in den westlichen Ländern kein Bedarf an mehr Betreuungsplätzen für unter Dreijährige bestünde – im Gegenteil: Gerade dort bleiben viele Betreuungswünsche der Eltern mit Kindern in diesem Alter nach wie vor unerfüllt (siehe iwd 26/2025).

Mit Blick auf die Ausgaben lässt sich daraus folgern, dass vor allem Baden-Württemberg und Bayern mehr Geld in die Finanzierung von Kitas und Tageseltern stecken sollten. Das Saarland, welches im Ausgaben-Ranking ebenfalls ziemlich weit hinten steht, hat in jüngster Zeit seine Betreuungskapazitäten bereits deutlich ausgebaut.

Verstärkt in die Betreuung, speziell der Jüngsten, zu investieren, lohnt sich insbesondere aus zwei Gründen:

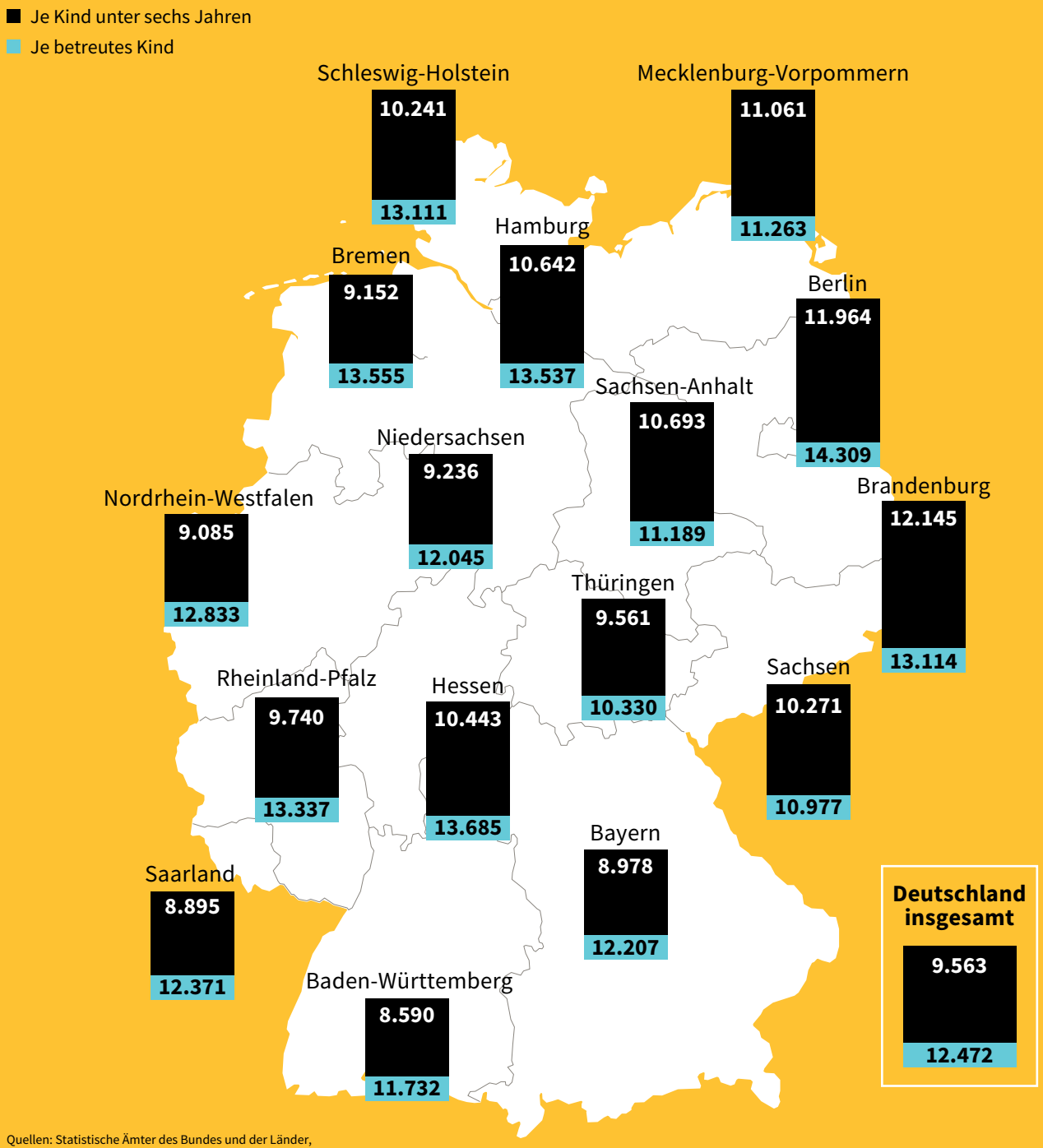
Gleiche Bildungschancen. Kinder, die in bildungsfernen Familien aufwachsen, in denen häufig nicht Deutsch gesprochen wird, laufen Gefahr, in ihrer Kompetenzentwicklung dauerhaft hinter anderen Kindern zurückzubleiben. Dem kann eine qualifizierte Betreuung und Förderung in der Kita entgegenwirken.

Sicherung des Arbeitskräftepotenzials. Angesichts des demografischen Wandels kann es sich Deutschland schlicht nicht leisten, auf das Arbeitspotenzial gut ausgebildeter Mütter länger als nötig zu verzichten. Aus diesem Grund muss der Staat alles tun, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

IW-Kurzbericht 104/2025
Wido Geis-Thöne: Öffentliche Ausgaben für die Betreuung im Ländervergleich

Kinderbetreuung: Was die öffentliche Hand in den Ländern ausgibt

Öffentliche Ausgaben für Kitas und Tageseltern im Jahr 2023 in Euro



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

eco zoom naturaOffice.com/DE-077-66530 · Co2 emissions compensated · GOGREEN Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

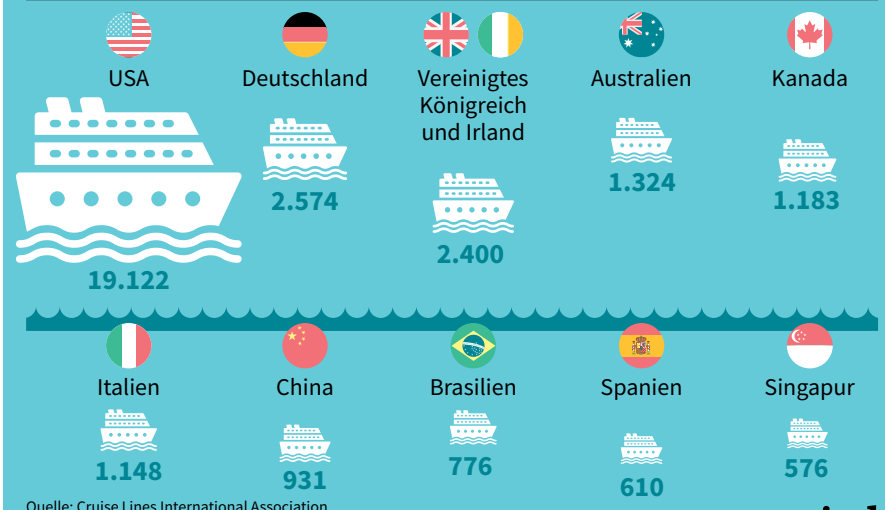
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Alle Mann an Bord

Urlaub auf dem Meer bleibt im Trend: Weltweit gingen im Jahr 2024 rund 34,6 Millionen Passagiere an Bord eines Kreuzfahrtschiffs. Das waren 9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl von 2019 – dem letzten Jahr, bevor die Coronapandemie die Cruise-Branche quasi vollständig lahmlegte – wurde sogar um rund ein Sechstel übertroffen. Die größten Kreuzfahrtfans sind die US-Amerikaner, sie stellten 2024 mehr als die Hälfte aller Passagiere. Kein Wunder, haben sie mit der Karibik doch ein Traumziel vor der Haustür: Mit insgesamt fast 15 Millionen schipperten zuletzt mit Abstand die meisten Kreuzfahrer durch die karibische See. Zweitbeliebteste Destination war 2024 das Mittelmeer, das rund 5,8 Millionen Seereisende lockte. Darunter dürften auch viele Bundesbürger gewesen sein, schließlich ist Deutschland mit zuletzt knapp 2,6 Millionen Passagieren die Kreuzfahrer-Nation Nummer zwei.

Die Kreuzfahrer-Nationen

Aus diesen Ländern kamen im Jahr 2024 die meisten Kreuzfahrtpassagiere, in 1.000



Quelle: Cruise Lines International Association
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

137.200 deutsche Studenten

waren im Jahr 2023 an einer ausländischen Hochschule eingeschrieben, 1.300 weniger als im Vorjahr. Die Zahl deutscher Studenten ist vor allem in den USA, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden zurückgegangen. In den Vereinigten Staaten waren 2023 noch 6.850 Deutsche immatrikuliert, 20 Prozent weniger als 2022. Im Vereinigten Königreich sank die Zahl der deutschen Studenten im selben Zeitraum um 13 Prozent auf rund 8.400 und in den Niederlanden um 7 Prozent auf gut 21.100.

Weiterhin wichtigstes Zielland junger Bundesbürger für ein Auslandsstudium ist Österreich. Hier waren im Jahr 2023 rund 40.700 Deutsche immatrikuliert, 8 Prozent mehr als 2022. In der Schweiz studierten im Jahr 2023 rund 12.600 Deutsche – ein Plus von 1 Prozent. Insgesamt entschieden sich 2023 fast zwei Drittel der deutschen Auslandsstudenten für die fünf genannten Studienländer.

In puncto Studienwahl gibt es eine große Konstanz: Ein Viertel aller Studenten im Ausland war 2023 in der Fächergruppe „Wirtschaft, Verwaltung und Recht“ eingeschrieben, 19 Prozent belegten ein Fach in den Bereichen Sozialwissenschaften, Journalismus und Informationswesen. Weitere 13 Prozent hatten sich für eines der Studienfächer im Gesundheits- und Sozialwesen entschieden.